



Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann

Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Freiberg/Mittleres Erzgebirge

Jahrgang 4, Ausgabe 7/2008

Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leserinnen und Leser,

„Freiheit statt Sozialismus!“. Ein zugegeben sehr drastischer Slogan, den wir noch nicht verwenden sollten. Die Betonung liegt auf „noch nicht“. Denn die Republik steht an einem Scheideweg. Viele Mitglieder der Union, ob in meinem Bundestagswahlkreis Freiberg/Mittleres Erzgebirge oder von Flensburg bis Passau sowie von Aachen bis Frankfurt an der Oder haben ernsthafte - und aus meiner Sicht berechtigten - Sorgen, dass Deutschland durch den Linksruck stark beschädigt wird.

Die Union wird unser Vaterland bis zur nächsten Bundestagswahl regieren, den eingeschlagenen Kurs fortsetzen und sich vor allem an den Koalitionsvertrag halten. Die SPD aber ist führungslos. Das Chaos in der SPD belastet mehr und mehr die Arbeit in der Großen Koalition. Absprachen vom Morgen sind am Abend schon lange nicht mehr das Papier wert, auf dem sie niedergeschrieben sind. Diese Führungslosigkeit der SPD spielt besonders der SED/PDS/Die Linke in die Hände, wie eine aktuelle Umfrage von Forsa bestätigt. Eine sachliche Zusammenarbeit mit der SPD ist fast schon unmöglich. Dabei gibt es viel zu tun. Die Menschen im Land brauchen dringend finanzielle Entlastungen. Die Steuern und Abgaben müssen gesenkt werden, ohne das Ziel einer Haushaltskonsolidierung aufzugeben. Nach der Entscheidung der SPD gegen Bundespräsident Horst Köhler „schwante“ mir nichts Gutes. Die SPD hat den Wahlkampf eröffnet. Anderthalb Jahre vor der Wahl. Auf Kosten der Großen Koalition. Vor allem aber auf Kosten der Menschen im Land. Das werden wir in der Union verhindern.

„Die CDU wollte Reformen und dann ist die Große Koalition ausgebrochen.“

Roman Herzog

Die Union im Deutschen Bundestag

Union steht für Stabilität

Die Führung der SPD hat das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand. Immer mehr lässt sich die SPD von SED/PDS/Die Linke treiben. Diese Führungsschwäche wirkt sich auf die Wiederwahl des Bundespräsidenten aus. Statt als Regierungspartei mit der Union gemeinsam den erfolgreichen und beim Volk beliebten Bundespräsidenten Horst Köhler zu unterstützen, haben sich die Sozialdemokraten nach langem Gezerre und aus reinem Machtkalkül entschlossen, mit Gesine Schwan eine eigene Kandidatin zu nominieren. Die Kandidatin ist sich nicht zu schade, öffentlich anzukündigen, aktiv um eine Unterstützung durch SED/PDS/Die Linke werben zu wollen. All dies ist eine große Belastung für die Koalition. Die Bürger unseres Landes erwarten aber mit Recht, dass wir die Sachpolitik in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. In dieser Situation ist es die Union, die mit klarem Kurs die eingeschlagenen Reformanstrengungen und die begonnenen Projekte fortführt. Sie sorgt damit für Stabilität in der Regierungskoalition.

Ein maßgeblicher Erfolg ist beispielsweise, dass die Neuverschuldung auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung gesenkt werden konnte. Allen Geldversprechungen von SED/PDS/Die Linke zum Trotz halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes 2011 fest. Dies sind wir als ersten von vielen Schritten zum Schuldenabbau unseren Kindern und Kindes-Kindern schuldig. Und ja, selbstverständlich wollen wir die Bürger so bald wie möglich entlasten. Denn: „Wir haben die Welt nicht von unseren Eltern geerbt, sondern bei unseren Kindern geborgt.“

Schon heute gibt der Bund jährlich etwa 40 Milliarden Euro für Zinszahlungen aus. Geld, das für zukunftsweisende Investitionen und Steuersenkungen fehlt. Wir müssen alles vermeiden, was

unsere finanziellen Spielräume weiter einengt und unseren Kindern noch höhere Belastungen auferlegt. Dort, wo ein realistischer Spielraum besteht, wie etwa beim Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung oder Kindergeldzuschlag, werden wir schnell handeln und für weitere Entlastung der Bürger sorgen.

Die SPD-Vorschläge hingegen sind beschäftigungsfeindlich und treffen insbesondere die gesellschaftliche Mitte, die wir entlasten wollen. Sie ist so auch nicht im Sinne nachkommender Generationen. Seit der Regierungsübernahme durch die Union und Bundeskanzlerin Angela Merkel wurden eine Million sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Dieser Erfolg darf nicht vereitelt werden. Die Union bleibt Garant für Wachstum und Beschäftigung.

Mindestlöhne öffnen die Lohnschecke noch weiter

Die SPD - und weite Teile der SPD bekunden dies inzwischen auch - irrt bei den Plänen zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes. Ein solcher Mindestlohn hätte einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen für Gering- und Mittelqualifizierte zur Folge. Infolge der marktwidrigen Lohnerhöhung für

Schlechterqualifizierte würden Rationalisierungsmaßnahmen samt der Einstellung der dafür benötigten höher qualifizierten Fachkräfte für die Unternehmen profitabel. Bei Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro fielen 1,2 Millionen Arbeitsplätze weg.

Eine Befragung von 800 Firmen in acht Branchen bestätigt die zu erwartenden Jobverluste. 16,5 Prozent der Betriebe gaben an, bei einem Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro Beschäftigung abzubauen. Besonders dramatisch wären die Folgen in Ostdeutschland: 60 bis 75 Prozent der Betriebe im Wach-, Floristik- und Friseurgewerbe müssten Mitarbeiter entlassen.

(Quelle: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung)



Schwerpunktt Themen aus dem Deutschen Bundestag

Kinderförderung

In erster Lesung debattierten wir das Kinderförderungsgesetz (KiFöG), in dessen Zentrum der Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren steht. Ziel ist ein Betreuungsangebot für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren. Ab 1. August 2013 wird ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr eingeführt. Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Tageseinrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt werden. Der Bund beteiligt sich in einem ersten Schritt mit 4 Mrd. Euro zu einem Drittel an den Ausbaukosten. In einem zweiten Schritt erhalten die Länder im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung für die Jahre 2009 bis 2013 insgesamt 1,85 Mrd. Euro sowie im Anschluss daran jährlich 770 Mio. Euro als Entlastung für die Finanzierung der Betriebskosten.



Union löst ihre Versprechen gegenüber Landwirten ein

Mit dem Kabinettsbeschluss über den Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG) setzt die Union das Versprechen an die Bauernfamilien um, der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung (LKV) einen angemessenen Anteil am Bundeszuschuss zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen, vor allem der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern, auch nach der Einführung des Gesundheitsfonds im nächsten Jahr zu gewährleisten. Der auch politisch gewünschte



und beeinflusste Strukturwandel in der Landwirtschaft hat in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass sich die Mitgliederstrukturen in der LKV immer ungünstiger entwickelt

haben. Inzwischen stehen einer sehr großen Zahl von Rentnern nur noch verhältnismäßig wenige berufstätige Beitragszahler gegenüber. Die sich daraus ergebenden Beiträge könnten alleine von den wenigen verbliebenen aktiven Landwirten nicht mehr getragen werden. Da die LKV, wie auch andere Gesetzliche Krankenkassen (GKV), gesamtgesellschaftliche Aufgaben erfüllt, steht auch ihr ein Teil des Bundeszuschusses zur Abgeltung dieser Aufgaben zu. Dabei geht es nicht um eine Besserstellung des landwirtschaftlichen Bereiches, sondern um eine angemessene Mitfinanzierung, denn die landwirtschaftlichen Familien erbringen durch eine überdurchschnittliche Kinderzahl und die Pflege und Betreuung älterer Familienangehöriger einen sehr großen Anteil an der gesamtgesellschaftlichen Leistung. Bis Ende 2008 war eine Beteiligung der LKV bereits gesichert. Daher hatte sich die Regierungskoalition verständigt, zunächst den Aufbau der neuen Finanzierungsstrukturen in der GKV vorzunehmen und erst dann eine Einbeziehung der LKV in die Beteiligung des Bundes an solchen Aufgaben einzuleiten. Diese ist mit dem Kabinettsbeschluss nun auf den Weg gebracht. Ein guter Beschluss für die Bauern und ihre Familien!

„Armutsbericht“ - Sozial ist, was Arbeit schafft

Der in der vergangenen Woche von Arbeitsminister Scholz vorgelegte 3. Armuts- und Reichtumsbericht ist mit der Beschränkung des Untersuchungszeitraums bis zum Jahre 2005 die **Schlussbilanz der rot-grünen Bundesregierung**. Er ist nicht der Beleg für eine wachsende Armut in Deutschland, sondern für die schädlichen Konsequenzen einer beschäftigungsfeindlichen Politik unter Rot-Grün. In deutlichem Gegensatz dazu steht die Entwicklung ab 2005. Seit der Regierungsübernahme durch die Union und unsere Bundeskanzlerin

Angela Merkel wurden bis heute knapp eine Million sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Damit zeigt sich einmal mehr: Die beste Gewähr gegen Armut ist die Aussicht auf Beschäftigung, und deshalb weist auch die Forderung von Arbeitsminister Scholz nach staatlichen Mindestlöhnen in die falsche Richtung. Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze, wie sämtliche Untersuchungen zeigen. Das macht auch ein Blick auf die europäischen Nachbarländer deutlich: In den meisten Ländern, die einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn haben, liegt das Armutsrisiko über dem in Deutschland (z. B. in Großbritannien bei 30 Prozent vor Sozialtransfers). Zudem zeigen die jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, dass die Zahl der „Aufstocker“ zurückgeht, das Problem also infolge des Wirtschaftsaufschwungs an Dringlichkeit verliert. Wichtig ist stattdessen, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die den Übergang in reguläre Beschäftigung erschweren. Das heißt in erster Linie eine Änderung der Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Mini-Jobs, wie von uns seit langem gefordert. **Bildung ist der Schlüssel für Beschäftigung** und Existenz sichernde Löhne. Statt den bisherigen Status durch höhere Transferzahlungen weiter zu zementieren, sollten durch verbesserte Bildungsangebote die Chancen für individuellen Aufstieg verbessert werden. Mit der Nationalen Qualifizierungsinitiative, dem verbesserten Sprachkursangebot für Migranten und dem Hochschulpakt ist die unionsgeführte Bundesregierung dabei auf gutem Weg. Zudem zeigt der Bericht sehr deutlich: Der deutsche Sozialstaat erfüllt seine Aufgaben. Er reduziert die Zahl der armutsgefährdeten Personen um die Hälfte, die Wohnungsnot ist erfolgreich bekämpft worden. Die Grundsicherung sichert das Existenzminimum, niemand muss in Deutschland hungern, auf gesundheitliche Versorgung oder auf Schulbildung verzichten. Auch im internationalen Vergleich kann sich Deutschland sehen lassen: Vor Sozialtransfers hatten nur Tschechien, die Niederlande, Luxemburg, Belgien und Ungarn eine geringere Quote der vom Armutsrisiko betroffenen Bevölkerung (in Deutschland 26 Prozent), dagegen lag die Quote in den meisten anderen



Ländern, darunter Dänemark (28 Prozent), Schweden (29 Prozent) oder Irland (33 Prozent) deutlich darüber; Schnitt innerhalb der EU: 26 Prozent. Nach Sozialtransfers lag die Quote in Deutschland bei nur noch 13 Prozent, nur die Niederlande und Tschechien weisen mit 10 Prozent deutlich niedrigere Werte auf, während der EU-Schnitt bei 16 Prozent liegt.

Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) Kompromiss bei Solarstromvergütung

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag, den 6. Juni 2008 die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in namentlicher Abstimmung verabschiedet. Ich habe dem Gesetz zugestimmt. Die erzielte Einigung zwischen Union und SPD bei den Kernfragen der EEG-Novelle, insbesondere der Solarstromvergütung, sichert Investitionen und Arbeitsplätze. Vor allem auch in Mittelsachsen.

Die Bundespolitik in Berlin flankiert mit dem Kompromiss und der Verabschiedung des EEG zum Beispiel die Investition der Deutschen Solar AG im Gewerbegebiet Freiberg Ost. Dort sollen in den nächsten Jahren 500 neue Arbeitsplätze entstehen. Auch die etwa 130 neuen Arbeitsplätze bei der Firma Signet Solar in Mochau bei Döbeln, sind nun sicher.

Zwar waren die Verhandlungen in der Unionsfraktion alles andere als einfach, doch konnten wir nach einer mehrstündigen Diskussion in der Fraktionssitzung am vergangenen Dienstag einen guten Kompromiss erzielen. Eine 30prozentige Senkung der Einspeise-Vergütung, wie zum Teil gefordert, hätte

jedoch gerade in den neuen Bundesländern viele Arbeitsplätze gefährdet und manches Unternehmen in Bedrängnis gebracht. Dass die zu hohen Vergütungen gesenkt werden müssen, war von vornherein klar. Die Unionsfraktion stand also vor der Wahl, die EEG-Novelle scheitern zu lassen und damit die alten, schlechten Regelungen beizubehalten oder die Novelle mit ihrer Zustimmung zum Erfolg zu führen. Mit dem erzielten Kompromiss können Verbraucher und die Solar-Branche gut leben. Die beschlossenen Senkungen bei der Einspeise-Vergütung für Solarstrom gelten jedoch nur für Neuanlagen, nicht für bereits bestehende. Es ist gut, dass mit der EEG-Novelle Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Man muss sich allerdings auch darüber im Klaren darüber sein, dass jeder Stromkunde diese Arbeitsplätze und die Rendite der Unternehmen über seine Stromrechnung mitfinanziert. Wir alle wollen unseren Kindern und Kindes-Kindern eine sauber und lebenswerte Welt in die Hände geben. Daher sollte uns der monatliche Beitrag dies wert sein. Die Union muss jedoch darauf achten, dass die Strompreis-Belastung zum Wohle der Umwelt nicht zu sehr zu Lasten der Verbraucher geht. Irgendwann ist dann auch mal Schluss!

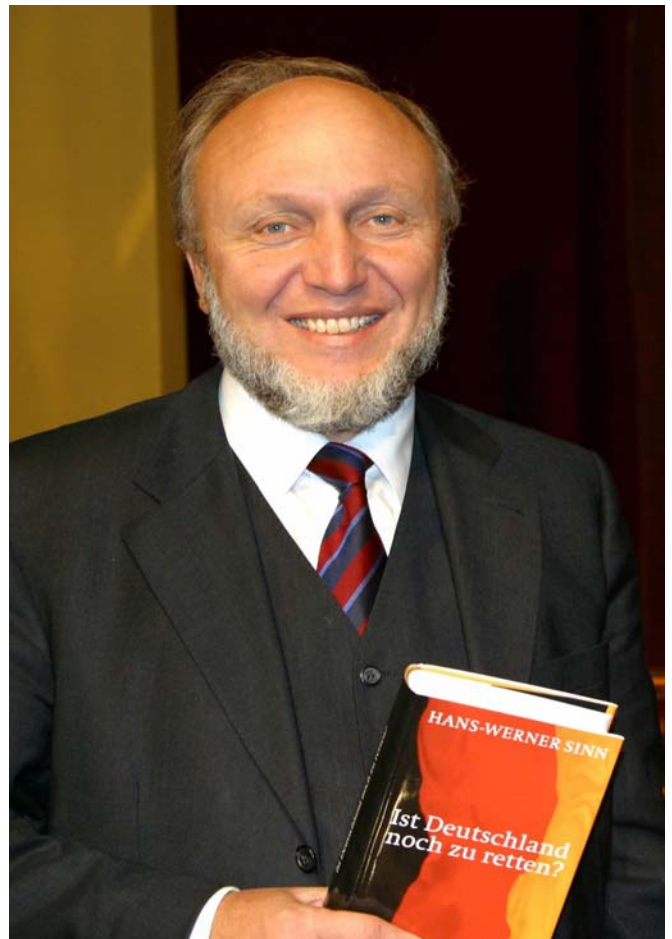
Alte Daten, statistische Tricks, falsche Schlussfolgerungen? „Die Deutschen sind nicht so bedürftig, wie es der Armutsbericht der Regierung suggeriert“, sagt Hans-Werner Sinn

„Jeder Achte lebt in Armut!“ betitelte Bild am Sonntag jüngst ein Interview mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz. Arm, so der Minister, sei nach EU-Definition, wer als Alleinstehender weniger als 60 Prozent vom mittleren Einkommen bezieht - und das seien 13 Prozent. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) legt dar, dass der Anteil der gesellschaftlichen Mitte an der Gesamtbevölkerung von 2002 bis 2005 um 3,8 Prozentpunkte abgenommen habe. Und nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen hat Deutschland mit 22 Prozent Geringverdienern die USA mit ihren 25 Prozent fast erreicht.

Gibt es tatsächlich eine neue Armut in Deutschland, und kommt uns die Mittelschicht abhandeln?

Es gibt Indikatoren, die auf mehr Ungleichheit hindeuten. Der Anteil der Bruttolöhne am Volkseinkommen hat sich verringert. Die Spreizung der Bruttolöhne hat wie in anderen Industriestaaten zugenommen, wenngleich sie hier noch lange nicht so groß ist wie in angelsächsischen Ländern und auch nicht so schnell ansteigt. Die wachsende Ungleichheit der Markteinkommen ist das Ergebnis der Niedriglohnkonkurrenz aus den exkommunistischen Gebieten der Welt. Auf die Gefahren für die soziale Kohärenz der Gesellschaft und die nötigen Reformen des Sozialstaates weise ich seit anderthalb Jahrzehnten hin. Dennoch finde ich die Alarmrufe, die derzeit aus den Medien zu hören sind, unangebracht und übertrieben. Die öffentliche Diskussion leidet unter einer Begriffsverwirrung, negiert die Existenz des deutschen Sozialstaates, bezieht sich auf veraltete Zahlen und wird durch ein statistisches Artefakt in die Irre geführt.

Zunächst einmal stimmt es nicht, dass jeder achte Deutsche arm ist. Wäre diese Aussage korrekt, käme der deutsche Sozialstaat der im Grundgesetz und im Zwölften Sozialgesetzbuch festgelegten Aufgabe, die Würde des Menschen durch seine Sozialleistungen zu sichern, nicht nach. Im Armutsbericht findet man eine solche Aussage auch gar nicht. Dort ist von ‚Armutrisiko‘ statt von Armut die Rede, das ist ein Unterschied. Wer nicht Emotionen schüren möchte, sollte sich an die amtlichen Begriffe halten, wie sie vom Statistischen Bundesamt im Bericht



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn
Präsident des Ifo-Institutes

‚Armut und Lebensbedingungen‘ definiert wurden. Danach beginnt ‚Armutgefährdung‘ bei 60 Prozent vom Mittelwert (Median), ‚relative Einkommensarmut‘ bei 50 Prozent und ‚Armut‘ bei 40 Prozent. Auch die EU sagt übrigens nicht, dass man mit weniger als 60 Prozent arm sei, sondern nur ‚von Armut bedroht‘. Kaum jemand, der sich in Deutschland legal aufhält, ist arm. Sozialhilfe und ALG II sichern bei normalen Wohnkosten ein Einkommen, das bei etwa 55 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Gemessen an der relativen Reduktion



der Armutsgefährdung hat Deutschland nach den skandinavischen Staaten einen der großzügigsten Sozialstaaten Europas und der ganzen Welt. Sicher, etwa vier Prozent der in Deutschland wohnenden Bevölkerung sind auch nach amtlicher Definition arm. Aber das war schon immer der harte Kern derer, die aus vielerlei Gründen von den Geldangeboten des Sozialstaates keinen Gebrauch machen und anderweitige Hilfe benötigen. Im Jahr 2005, auf das sich die Zahlen des Armutsberichts beziehen, lag der durchschnittliche monatliche Hartz-IV-Anspruch eines Einpersonenhaushalts bei 700 Euro, wobei die freie Krankenversicherung im Wert von 200 Euro noch nicht eingerechnet ist. Die Armutsgrenze lag bei 520 Euro. Das zeigt, dass allein lebende Hartz-IV-Empfänger nach der in Deutschland und international üblichen Definition nicht arm sind. Sie sind allerdings armutsgefährdet, denn die entsprechende Grenze lag bei 781 Euro. Zweipersonenhaushalte und erst recht kinderreiche Haushalte befinden sich mit ihren Hartz-IV-Einkommen relativ sogar noch weiter über den für sie geltenden Armutsgrenzen, weil die Zuschläge, die der Staat bei weiteren Personen im Haushalt gewährt, prozentual größer sind als die Bedarfswerte, die bei der Berechnung der Armutsgrenzen angenommen werden. Weil wir einen Sozial-Staat haben, signalisiert es auch nicht Armut, wenn der Anteil der Geringverdiener mit einem Stundenlohn von weniger als zwei Drittel des Mittelwertes bald so hoch ist wie in den USA, denn Lohn und Einkommen sind nicht dasselbe. Dass die Bruttolohnspreizung in beiden Ländern ähnlich hoch ist, kann Ökonomen nicht verwundern: Dies erklärt sich durch das Gesetz des Faktorpreisausgleichs, das man nur um den Preis einer Massenarbeitslosigkeit unterlaufen kann. Bei Ländern, die miteinander Handel treiben und zwischen denen Kapital frei fließen kann, müssen sich die Lohnstrukturen bezüglich der Qualifikationsstufen tendenziell angleichen, sodass Unterschiede nur noch aus der unterschiedlichen Streuung der Bildung resultieren.

Armut lässt sich nur an der Einkommensverteilung messen, und die ist in unserem Land dank des Sozialstaates viel gleichmäßiger als in Amerika. Unsere Geringverdiener erhalten in einem so hohen Umfang aufstockendes ALG II, dass sie praktisch alle weit über der Armutsgrenze liegen. Sie liegen übrigens noch weiter darüber als arbeitslose Hartz-IV-Empfänger, die bei

etwa 55 Prozent des mittleren Einkommens angesiedelt sind - weil ja nicht nur bis zum ALG-II-Niveau aufgestockt wird, sondern deutlich darüber hinaus. Ein Niedriglöhner, der 2005 für nur vier Euro die Stunde Vollzeit arbeitete, hatte bei normalen Wohn- und Heizkosten ein Nettoeinkommen von etwa 910 Euro und lag weit über der Armutsgefährdungsgrenze von 781 Euro. Also auch in diesem Punkt: volle Entwarnung!

Aber wie kommt es dann, dass der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung (Grenze: 150 bis 70 Prozent vom Median) von 2002 bis 2005 um fast vier Prozentpunkte abgenommen hat und dass nach den Daten des sozioökonomischen Panels der Anteil der Armutsgefährdeten um zwei Punkte stieg? Für eine Zeitspanne von nur drei Jahren sind die Änderungen riesen-groß; viel mehr als das, was sich durch die Globalisierung erklären ließe.

Ein Teil des Zuwachses ist durch einen Sondereffekt bedingt, der unmittelbar nach den Hartz-Reformen im Berichtsjahr 2005 zum Tragen kam. Durch Hartz IV wurden etwa zwei Millionen Deutsche von der Arbeitslosenhilfe auf die Sozialhilfe heruntergestuft, was das Armutsrisiko zunächst in der Tat vergrößerte. Inzwischen hat Hartz IV aber gewirkt. Allein in Westdeutschland hat der jüngste Konjunkturaufschwung mindestens 1,1 Millionen Stellen über das Maß hinaus gebracht, das man nach einer Fortschreibung früherer Konjunkturmuster erwarten konnte. Der Arbeitsplatzgewinn hat - zusammen mit Lohnzuschüssen für Niedrigverdiener - erheblich zum Rückgang der Armutsgefährdung und zur Stabilisierung der Mittelschicht beigetragen - nur sieht man das nicht in der Statistik des Jahres 2005.

Der Armutsbericht war schon veraltet bevor er überhaupt veröffentlicht wurde. Weil er die Arbeitsmarkterfolge ausblendet, ist es unmöglich, diesen Bericht als Beleg für wachsende Armut in Deutschland oder gar die Notwendigkeit von Mindestlöhnen heranzuziehen. Die Öffentlichkeit regt sich über die Ungerechtigkeit der Marktwirtschaft auf - und ist doch nur einem statistischen Artefakt aufgesessen. Das Ganze wird zur Farce, wenn man bedenkt, dass das ALG II selbst einen starken Anreiz bietet, getrennt zu leben. Wenn ein Partner gut verdient und der andere länger arbeitslos ist, hat der arbeitslose Partner nur dann Anspruch auf Hilfe, wenn er nicht mit dem gut verdienenden Partner in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenwohnt. Bilden beide einen gemeinsamen Haushalt, entfällt die Hilfe. Die staatliche Unterstützung nimmt also den Charakter einer Trennungsprämie an, die der Staat nur unter der Bedingung des Verzichts auf Heirat oder anderweitigen Zusammenschluss zahlt. Die Folge: Im ersten Jahr des ALG II stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte um ein Prozent, im zweiten sogar um fünf Prozent.

Obwohl das Mehr an staatlichem Geld das Alleinleben in manchen Fällen wirtschaftlich erst ermöglicht, weist die Statistik dann eine höhere Armutsgefährdung aus. Wohnen beide Partner zusammen, gehören sie zur Mittelschicht und gelten nicht als armutsgefährdet. Deklarieren sie getrennte Haushalte, um mehr Geld vom Staat zu bekommen, zählt der arbeitslose Partner plötzlich als armutsgefährdet. Es ist offenkundig, dass die Bedarfsgewichtung bei der Berechnung der Verteilungsmaße zu keinen sinnvoll interpretierbaren Ergebnissen führt, wenn die Familie erodiert und der Staat diese Erosion finanziell fördert. Verhaltensänderungen, für die Menschen sich entscheiden, um ihre ökonomische Situation zu verbessern, werden als Verschlechterung der Lebenslage in den Statistiken erfasst und führen zu Alarmrufen der Politik. Dazu kann ich nur sagen: bedarfsgewichteter Käse, mehr nicht.“

(Quelle: Wirtschaftswoche vom 26.05.2008)

Die SPD auf Abwegen - nur noch 20 Prozent würden SPD wählen

Forsa-Umfrage sieht die SPD nur noch bei 20 Prozent

Nach einer aktuellen Forsa-Umfrage kämen CDU/CSU auf 36 Prozent (plus 1), die SPD sackte nochmals ab und erreiche nur noch 20 Prozent (minus 3). Drittstärkste Partei wäre SED/PDS/Die Linke mit 15 Prozent (plus 1), gefolgt von der FDP mit 13 Prozent (plus 1). Schlusslicht der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ist Bündnis90/Grüne mit 12 Prozent (plus 1). Auf die sonstigen Parteien entfielen 4 Prozent. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hat im Zeitraum 26. - 30. Mai 2008 2.501 wahlberechtigte Bundesbürger gefragt, wen sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre.

SPD weit links

In der SPD hat sich in den vergangenen Wochen ein verhängnisvolles Führungsvakuum offenbart: Es gibt niemanden mehr, der wirklich etwas zu sagen hat und auf dessen Wort man sich tatsächlich verlassen könnte. Trotz interner und öffentlicher Beteuerungen zugunsten einer Wiederwahl von Horst Köhler zum Bundespräsidenten wurde Gesine Schwan als Kandidatin der SPD nominiert - ein erneuter Linksschwenk, mit dem rot-rote Bündnisse auch im Bund politisch vorbe-

reitet werden: Die machtpolitische Strategie des Vorsitzenden, begonnen mit dem SPD-Parteitag im vergangenen Jahr und fortgesetzt bei der Wahl in Hessen, hat sich damit endgültig verselbständigt. Neben dem Führungsvakuum entsteht dabei ein für die SPD gravierendes Glaubwürdigkeitsproblem: Die Deutschen glauben den Versicherungen der SPD zu recht nicht, im Bund keine Linkskoalition anzustreben, Frau Schwan aber aktiv um die Stimmen der Linken werben zu lassen. Beides, Führungsschwäche und Glaubwürdigkeitsverlust, belasten die Zusammenarbeit in der Koalition. Die Union darf sich nicht von der Schwäche der SPD anstecken lassen. Am Ende muss deutlich werden, dass diese Regierung solide gearbeitet hat: für Konsolidierung und Nachhaltigkeit in der Haushalts- und Finanzpolitik, für Entlastungen der Bürger und der Unternehmen, für stabiles Wachstum und für mehr Beschäftigung, für mehr Chancen am Arbeitsmarkt, für Investitionen in Forschung und Entwicklung, für eine familienfreundliche Gesellschaft. Unser Auftrag ist noch nicht vollständig erledigt. Wir werden ihn mit Anstand zu Ende bringen.

Jusos für linkes Zukunftsprojekt

"Kapitalismus überwinden" - Ein Strategietreffen in Berlin

Am vergangenen Wochenende fand in Berlin der Kongress "Für eine Linke der Zukunft!" statt. Dazu hatte der Bundesvorstand der Jungsozialisten (Jusos) zu Beginn der Woche ein gleichnamiges Strategiepapier veröffentlicht. Die Jusos sind die Jugendorganisation der SPD. Neben grundlegenden Positionen vertreten sie unter dem Titel "jungsozialistische Politik", The-

sen, wie etwa die "Überzeugung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss". Das Papier mit insgesamt 62 Thesen enthält auch die Ankündigung der Jungsozialisten, sich im Richtungsstreit der SPD für eine neue "Politik der sozialen Gerechtigkeit" einzusetzen. "Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus", so der SPD-Nachwuchs. Es gehe ihnen darum, "linke Kräfte von der Notwendigkeit eines sozialistischen Engagements in der SPD zu überzeugen" und im Fünfparteiensystem ein "linkes Zukunftsprojekt zu entwerfen und für dessen konkrete Umsetzung zu kämpfen". Hierzu werden in dem Papier Gespräche mit den Grünen und SED/PDS/Die Linke angekündigt. Es sei nach Ansicht der Jungsozialisten auszuloten, "ob

diese Parteien für ein solches Projekt bereit sind". Zum Abschluss der Veranstaltung war geplant, dass die Jusos-Vorsitzende Franziska Drohse mit Vertretern der Grünen und SED/PDS/Die Linke diskutiert. Thema des Podiums: "Das Projekt Rot-Rot-Grün".

Steuererhöhungspläne der SPD gefährden den Aufschwung

Das jüngst von der SPD vorgelegte Steuerkonzept ist im Kern nichts anderes, als ein reines Steuererhöhungsprogramm. Die vorgesehene massive Einkommensteuererhö-

hung und die erwogene Vermögensteuer gefährden den Aufschwung und führen zu einer dauerhaften Schwächung des Standorts Deutschland. Damit würden die steuerlichen Rahmenbedingungen erheblich beeinträchtigt. Das Ergebnis liegt auf der Hand: Die Unternehmen würden wieder weniger investieren - zu Lasten der Arbeitsplätze in Deutschland. Gerade mit der Vermögensteuer tätigt die SPD einen Griff in die Mottenkiste. Bei der Vermögensteuer handelt es sich um ein bürokratisches Monster, was seinesgleichen sucht. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, haben allein beim Fiskus die Erhebungskosten der Vermögensteuer knapp ein Drittel des Aufkommens verschlungen.

Wenn es die SPD mit der Entbürokratisierung wirklich ernst meint, sollte sie dieses Instrument schnell wieder einpacken. Auch würden mit der Vermögensteuer gerade gewinnschwache, häufig aber arbeitsplatzintensive Branchen wie z. B. das Baugewerbe besonders betroffen, da die Vermögensteuer an der Substanz und nicht am Gewinn des Unternehmens ansetzt. Hier würde mit der Einführung der Vermögensteuer ein völlig falsches Signal gesetzt. Ziel muss es sein, Arbeitsplätze zu schaffen und nicht zu gefährden. Das Steuerkonzept der SPD verfehlt klar das Ziel: Statt alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Steuersenkungen zu entlasten, plant Parteichef Kurt Beck eine drastische Anhebung der Steuersätze im oberen Bereich. Dabei erinnert das vermeintlich neue Konzept an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern: Altbekannte Modelle werden im neuen Gewand als Heilmittel vorgestellt. Ein neuer Name macht ein falsches Konzept aber nicht besser.



Der Gesundheitsapostel nervt wieder

Zeichnung: Sakurai

Zahl der Arbeitslosen geht weiter zurück

Deutschland ist auf gutem Weg: Der Aufschwung setzt sich fort, die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt unvermindert an. Im Mai 2008 ist die Zahl der Arbeitslosen auf 3,283 Mio. gesunken. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 529.000. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um 631.000 auf 27,23 Mio. angestiegen. Dabei entfällt deutlich mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen.

Im Drei-Jahres-Vergleich zu Rot-Grün ist die Arbeitslosigkeit seit dem Frühjahr 2005 um über 1,5 Mio. gesunken, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat um über 1 Mio. Stellen zugelegt. Dieser Aufschwung am Arbeitsmarkt und insbesondere der Aufbau an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung kommt dabei auch den Langzeitarbeitslosen und Arbeitnehmern mit einfachen Qualifikationen zugute. Entgegen der in der aktuellen politischen Debatte häufig verzerrten Darstellungen der Wirklichkeit, in denen eine „flächendeckende Armut“ in unserem Land herbeigeredet werden soll, ist der Großteil der Erwerbsfähigen in Lohn und Brot. In individuellen sozialen Notlagen stehen unsere, im internationalen Vergleich herausragenden, Sicherungssysteme ein.

(Quelle: BA, 29.05.08)

Deutschland bleibt Exportweltmeister:

Der deutsche Export ist auch im ersten Quartal 2008 deutlich gestiegen. In Dollar gerechnet betrug der Zuwachs 21 Prozent. Insgesamt wurden in dem Zeitraum Waren im Wert von 379 Mrd. Dollar aus Deutschland ausgeführt. Die Exporte der USA summierten sich auf 320 Mrd. Dollar, die Chinas auf 306 Mrd. Euro. Damit wird Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach auch in diesem Jahr „Exportweltmeister“ bleiben. Grund hierfür ist in erster Linie der niedrige Dollarkurs. In Euro gerechnet betrug der Anstieg der deutschen Exporte im ersten Quartal 6 Prozent. Experten gehen deshalb davon aus, dass China Deutschland schon bald vom Spitzenplatz der Statistik verdrängen wird. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Verbraucherpreisanstieg in Deutschland ist geringer als im gesamten Euro-Raum

Die Verbraucherpreise sind zwischen März 2000 und März 2008 in Deutschland um insgesamt 15,9 Prozent gestiegen, wie die Bundesregierung mitteilte. Das entspricht einer durchschnittlichen Preissteigerung von 1,9 Prozent jährlich. Demgegenüber betrug der Verbraucherpreisanstieg in den Euro-Ländern im gleichen Zeitraum insgesamt 20,2 Prozent, was einem Jahresdurchschnitt von 2,3 Prozent entspricht. Den durchschnittlichen jährlichen Preisanstieg auf dem Energiesektor gibt die Regierung für den genannten Zeitraum mit 5,9 Prozent in Deutschland und fünf Prozent in den Euro-Ländern insgesamt an.

Handfester politischer Skandal bei den Grünen

Die "Bild"-Zeitung dokumentierte am Donnerstag einen "handfesten politischen Skandal". Das Bild zum Bericht zeigt den politischen Nachwuchs der Grünen, der teils mit heruntergelassenen Hosen, auf eine Deutschlandfahne zu urinieren scheint. Aufgenommen wurde das Bild auf dem Bundeskongress der Grünen Jugend Ende Mai in Bonn. Veröffentlicht wurde es dann auch noch auf der offiziellen Website der Nachwuchsorganisation. Und das sind gleich zwei Pannen, mit denen sich die Grünen nun auseinandersetzen müssen. Den Vorfall an sich und dass die Fotos auf der Website zu sehen waren. Der Vorstandssprecher der Grünen Jugend Jan Philipp Albrecht dazu: "Wir bedauern das." Auf die Frage, wie die Bilder

überhaupt auf die Webseite gelangt sind, antwortete Albrecht, dass die Motive dem Webmaster "durchgerutscht" seien. Allerdings, darauf legt Albrecht Wert, sei der Vorwurf falsch, die drei hätten tatsächlich gepinkelt. Die Szene sei Augenzeugen zufolge gestellt gewesen. Doch selbst wenn dieser Umstand zutreffen sollte - der Schaden, den die Bilder angerichtet haben, ist groß. Wer die Symbole unseres Staates so behandelt, zeigt wessen Geistes Kind er ist. So ein Verhalten ist eine Schande für die Nation.

Welche Konsequenzen innerhalb der Partei daraus

folgen, ist allerdings noch unklar. Unbestätigten Angaben zufolge kommt einer der drei aus dem erweiterten Führungskreis der Grünen Jugend. Für eine Stellungnahme war er bislang nicht zu erreichen. Neben dem politischen könnte das Ganze auch noch ein juristisches Nachspiel haben. Denn laut Paragraph 90a des Strafgesetzbuches kann die Verunglimpfung der Deutschlandflagge mit bis zu drei Jahren Haft geahndet werden. Sollte der Fall tatsächlich vor Gericht landen, werden die Details des Vorfalls beim Strafmaß des Vorfalls eine große Rolle spielen.



Bildergalerie

Bildergalerie: 30. Bundeskongress in Bonn, Tag 1

Zurück



Bilder vom 1. Tag des 30. Bundeskongresses in Bonn. Der 30. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND fand in Bonn statt. Hier die Fotos vom ersten Tag.

Zurück blättern | Weiter blättern

Termine

- 06.06. Abschluss des Kommunalwahlkampfes mit Bundeskanzleramts-Minister Thomas de Maizière in Freiberg
07.06. Eröffnungsveranstaltung der Kreis-Kinder- und Jugendspiele in Freiberg
08.06. Wahlparty mit EM-Fußballkino Deutschland - Polen in Freiberg
09.06. Bürgersprechstunde in Freiberg
09.06. Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin
10.06. Berlingespräche im Reichstag mit der Besuchergruppe
11.06. Zukunftskonferenz „Projekt Chance“ in Freiberg
11.06. 1. Treffen European 4 Sea Rail Corridor in Dresden
11.06. Schützenverein Eppendorf

- 12.06. Eröffnung der Produktion von Signet Solar GmbH in Mochau
12.06. EM-Fußballkino Deutschland - Kroatien in Oederan
13.06. Informationsveranstaltung der CDU in Augustusburg

Kontakt

Berlin

Platz der Republik 14, 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 77607
Fax: (030) 227 76602
veronika.bellmann@bundestag.de

Freiberg

Erbische Str. 5, 09599 Freiberg
Tel.: 03731 212967
Fax: 03731 459446
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

www.veronika-bellmann.de